

NRW muss funktionieren: Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis 2030 möglich machen

Drucksache 18/15587 · eingebracht 2025-09-09 – Antragsteller: **SPD**

Familienpolitik

Gleichstellung

Bildung

Care-Arbeit

Arbeitsmarkt

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD fordert eine verbindliche Landesagenda bis 2030, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch konkrete Maßnahmen wie Equal-Share-Prämie, Tariftreuegesetz, Kita- und OGS-Ausbau sowie bessere Unterstützung pflegender Angehöriger zu verbessern.

KERNFORDERUNGEN

- Equal-Share-Prämie für partnerschaftliche Elternzeit
- Förderung von Ferienbetreuung und haushaltsnahen Dienstleistungen
- Job-Sharing für Führungskräfte im öffentlichen Dienst
- Umsetzung angekündigter Gleichstellungsmaßnahmen
- Reform des Tariftreue- und Vergabegesetzes
- Ausbau von Kita-, OGS- und Pflegeinfrastruktur

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag adressiert systematisch alle fünf Werte der GWÖ-Matrix: Menschenwürde (durch Gleichstellung, Schutz vor struktureller Diskriminierung), Solidarität (Equal-Share-Prämie, Ferienbetreuung für Geringverdienende), Ökologische Nachhaltigkeit (indirekt über soziale Stabilität als Voraussetzung für langfristige Umweltpolitik), Soziale Gerechtigkeit (Tariftreue, Fachkraftoffensive, Pflegeunterstützung) und Transparenz & Mitbestimmung (Forderung nach verbindlicher Agenda mit Zielen bis 2030). Besonders stark ist die Verankerung in den Berührungsgruppen D (Bürger:innen) und C (Verwaltung/öffentlicher Dienst), z. B. durch Job-Sharing im öffentlichen Dienst und Reform des Vergabegesetzes.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Systematische Diagnose mit Datenbezug (IT.NRW, WDR)
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit Pilotcharakter und klaren Akteuren
- Starke Verankerung in SPD-Wahlprogramm und grüner Koalitionslogik
- Integrierte Perspektive auf Care-Arbeit (Kinder + Pflege)

Schwächen

- Keine explizite Verbindung zu ökologischen Zielen (z. B. nachhaltige Kitas, Mobilität für Eltern)
- Keine Erwähnung von digitaler Teilhabe oder Barrierefreiheit in Betreuungsangeboten
- Fehlende Quantifizierung der Finanzierungsbedarfe für die Agenda 2030

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	++	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	++	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	++	•
D · BÜRGER:INNEN	++	++	+	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 Solidarische Infrastruktur Bewertung: +5

Ferienbetreuung, OGS-Ausbau, Equal-Share-Prämie

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Kita-, OGS-, Pflegeausbau, Tariftreuegesetz, Fachkraftoffensive

C4 Soziale Gerechtigkeit in der Verwaltung Bewertung: +5

Job-Sharing im öffentlichen Dienst, Tariftreue bei Landesvergaben

D1 Menschenwürde im Alltag Bewertung: +4

Geschlechtergerechte Teilhabe, Schutz vor Rollenzwang

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist nahezu wörtlich aus dem SPD-Wahlprogramm 2022 abgeleitet: 'Familien Zeit füreinander ermöglichen', 'Familienarbeitszeit', 'Tariftreue bei Vergaben', '13€ Landesmindestlohn', 'Ausbau Kita und Ganztage', 'Pflegeunterstützungsgeld verlängern'. Alle Kernforderungen sind dort explizit verankert.

„Für uns sind Familien dort, wo Kinder sind. Wir wollen alle Familien, egal in welcher Konstellation, stärken und ihnen mehr gemeinsame Zeit geben.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 21

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Hamburger Programm betont 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie' (S. 42), 'gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer' (S. 41), 'soziale Absicherung' (S. 11) und 'gute Arbeit' (S. 53). Der Antrag konkretisiert diese Grundsätze operativ und zeitlich gebunden (Agenda 2030).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Teilweise Übereinstimmung: CDU fordert 'flexible Betreuungszeiten', 'frühkindliche Bildung ausbauen' (S. 62), 'familiengerechte Arbeitszeitmodelle' (S. 56). Aber klare Differenzen: Keine gesetzliche Tariftreuepflicht (CDU: Vertragsfreiheit), keine Equal-Share-Prämie (kein staatliches Anreizsystem für Elternzeitverteilung), kein Fokus auf geschlechtsspezifische Benachteiligung. Die SPD-Forderung nach 'Reform des TVöG NRW' widerspricht CDU-Position zur Tariftreue.

„Wir schaffen eine gute frühkindliche Bildung mit ausreichend Plätzen und flexiblen Betreuungszeiten. Nur so ist echte Vereinbarkeit möglich.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 62

PARTEIPROGRAMM

7/10

CDU-Grundsatzprogramm betont 'Familienfreundlichkeit in Gesellschaft und Wirtschaft' (S. 18), 'Erziehungsleistung in der Rente berücksichtigen' (S. 18), 'Alleinerziehende unterstützen' (S. 17). Der Antrag greift diese Themen auf, bleibt aber hinter der CDU-Betonung auf 'Leistungsprinzip' und 'Eigenverantwortung' zurück – z. B. durch staatliche Prämien statt individueller Entscheidungsfreiheit.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

Hohe Übereinstimmung: Grüne fordern 'Zeitsouveränität' (S. 87), 'Familienzentren' (S. 97), 'Gleichstellung' (S. 59), 'Tariftreue' (Wahlprogramm 2022), 'regionale Wertschöpfung' (was mit Tariftreue korrespondiert). Die Equal-Share-Prämie entspricht dem grünen Ziel einer partnerschaftlichen Care-Arbeit. Die Forderung nach 'verbindlicher Agenda' spiegelt das grüne Postulat 'institutionalisierter Bürger:innenräte' wider.

„ZURÜCK ZUR ZEITSOUVERÄNITÄT Zeit ist wertvoll und wird angesichts der Beschleunigung und Verdichtung unseres Lebens immer knapper.“

Grüne NRW Wahlprogramm 2017, S. 87

PARTEIPROGRAMM

9/10

Grünes Grundsatzprogramm (2020) verankert 'Geschlechtergerechtigkeit' (S. 88), 'armutsfester Mindestlohn' (S. 85), 'gutes Arbeitsrecht' (S. 85), 'professionelle Pflege' (S. 67) und 'regionale Kreisläufe' (S. 59). Der Antrag operationalisiert all diese Punkte mit konkreten Maßnahmen wie Equal-Share-Prämie, Tariftreue, Pflegehotels und Ferienbetreuung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

3/10

Fundamentaler Widerspruch zu FDP-Kernpositionen: 'Gegen Bevormundung', 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung', 'keine Verbote', 'Privat vor Staat'. Die Equal-Share-Prämie, staatliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und gesetzliche Tariftreue werden von der FDP als Marktverzerrung und Bürokratie abgelehnt. Auch die Forderung nach 'verbindlicher Agenda' widerspricht dem FDP-Verständnis von 'weniger Staat'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

FDP-Grundsatzprogramm (2012) betont 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung', 'freie Marktwirtschaft' und 'schlanken Staat'. Der Antrag setzt dagegen auf staatliche Lenkung, finanzielle Anreize und verbindliche Regelungen – ein klarer Widerspruch zu allen vier Leitideen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

1/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt 'Gender-Ideologie', 'Gleichmacherei' und staatliche Interventionen ab. Der Antrag basiert auf geschlechtsspezifischer Analyse ('Mütter werden gedrängt'), fördert 'partnerschaftliche Aufteilung' (was AfD als 'Gender-Sprache' ablehnt) und will 'strukturelle Hürden' abbauen – alles Positionen, die AfD als 'Bevormundung' und 'Ideologie' kritisiert. Keine Übereinstimmung mit AfD-Themen wie 'Leitkultur' oder 'Remigration'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Equal-Share-Prämie: Ein Pilotprojekt zur Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit mit einer Prämie von 300 € für Eltern, die Elternzeit gleichberechtigt aufteilen.

Equal-Share-Prämie: Ein landesweites, nicht nur pilothaftes Programm zur Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit mit einer Prämie von 300 € für Eltern, die Elternzeit mindestens 40 % gemeinsam aufteilen – mit Ausweitung auf Pflegezeiten.

Begründung: Stärkt die GWÖ-Werte Solidarität (A2) und Soziale Gerechtigkeit (D4) durch systematische Entlastung aller Care-Arbeit – nicht nur Elternzeit – und macht das Angebot flächendeckend statt experimentell.

Vorschlag 2 von 3

Original: Tariftreue- und Vergabegesetz nach Vorbild des Bundes: Landesregierung muss TVgG NRW reformieren.

Tariftreue- und Vergabegesetz nach Vorbild des Bundes: Landesregierung muss TVgG NRW reformieren und dabei insbesondere die Einhaltung des Landesmindestlohns von 13 € für alle Auftragnehmer sicherstellen.

Begründung: Verknüpft die Forderung direkt mit der SPD-eigenen Kernforderung (13€ Mindestlohn) und stärkt den Wert 'Soziale Gerechtigkeit' in den Berührungsgruppen A (Lieferant:innen) und B (Steuerzahler:innen).

Vorschlag 3 von 3

Original: Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur: Mit mehr Kita- und OGS-Plätzen Versorgungslücke schließen und durch eine Fachkraftoffensive das System der frühkindlichen Bildung stärken.

Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur: Mit mehr Kita- und OGS-Plätzen Versorgungslücke schließen und dabei bundesweit führende Qualitätsstandards (z. B. 1:5 für unter 3-Jährige, 1:12 für 3–6-Jährige) verbindlich einführen, sowie durch eine Fachkraftoffensive das System der frühkindlichen Bildung stärken.

Begründung: Stärkt 'Menschenwürde' (D1) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch klare, messbare Qualitätsziele – entspricht GWÖ-Matrix-Feld D1 (Rechtliche Gleichstellung) und D4 (Daseinsvorsorge).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen die Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-130

Ja: SPD **Nein:** AfD CDU FDP GRÜNE

Original-Antrag

Drucksache 18/15587

NRW muss funktionieren: Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis 20·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

09.09.2025

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW muss funktionieren: Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis 2030 möglich machen

I. Ausgangslage

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt viele Eltern – insbesondere Mütter – in Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen. Selbst wenn Paare Elternzeit, Care-Arbeit inkl. Haushalt und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, ist dies in der Umsetzung oft nicht möglich. Das liegt vor allem an schlechten Rahmenbedingungen: Das mangelhafte Angebot an Kitaplätzen inklusive fehlender Not- und Ferienbetreuung drängt Eltern – und insbesondere Frauen – in die Teilzeit mit den entsprechenden Konsequenzen. Für nicht einmal jedes dritte Kind unter drei Jahren stellt das Land Nordrhein-Westfalen einen Betreuungsplatz bereit. Damit liegt Nordrhein-Westfalen auf dem drittletzten Platz aller Bundesländer und erfüllt bei weitem nicht die ermittelten Bedarfe, die jenseits von 50 Prozent liegen.¹ Die Kinder haben einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung. Doch trotz Rechtsanspruch müssen Eltern aufgrund der unzureichenden und zu häufig unzuverlässigen Betreuungslandschaft immer wieder Notlösungen finden. Das schadet der Bildungsbiografie der Kinder ebenso wie der Erwerbsbiografie der Eltern.

Meist sind es die Mütter, die beruflich kürzertreten, um die Versorgung der Kinder sicherzustellen. So arbeiteten laut IT.NRW im Jahr 2024 91% der Väter, aber nur 28% der Mütter mit minderjährigen Kindern in Vollzeit.² Mütter gehen außerdem signifikant länger in Elternzeit als Väter. Während nur rund ein Viertel der nordrhein-westfälischen Väter 2024 überhaupt in Elternzeit war, lag die durchschnittliche Bezugszeit des Elterngeldes bei gerade mal vier Monaten.³ Diese Unterschiede ziehen konkrete finanzielle und berufliche Konsequenzen für Mütter nach sich und enden nicht nach der Kindergartenzeit. So verdienen Mütter auch zehn Jahre nach der Geburt des ersten Kindes im Schnitt 61% weniger als vor der Geburt.⁴

Der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) für Grundschulkinder in NRW soll ein Bildungsangebot für Kinder sein und die Betreuungslücke schließen, die für viele Familien entsteht, wenn die Kinder eingeschult werden. Hier läuft die Landesregierung sehenden Auges in ein Fiasko und verhindert damit für viele Eltern eine

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/spd-kritik-kita-betreuungsplaetze-100.html>.

² IT.NRW (2025): NRW. Mehr als 90% der erwerbstätigen Väter mit minderjährigen Kindern im Haushalt arbeiteten 2024 in Vollzeit, <https://www.it.nrw/nrw-mehr-als-90-der-erwerbstaetigen-vaeter-mit-minderjaehrigen-kindern-im-haushalt-arbeiteten-2024>.

³ Ebd.

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/karriere/gehalt-kind-frauen-ungerechtigkeit-1.4303712>.

bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Der Städte- und Gemeindebund NRW zweifelt bei der Umsetzung des Ganztagsanspruchs nicht nur am Zeitplan des Landes. Es fehlen außerdem klare gesetzliche Grundlagen, verbindliche Qualitätsstandards und vor allem: ausreichend Personal, Räume und feste Finanzierungszusagen.⁵ Die Landesregierung lässt somit nicht nur die Kommunen, sondern auch zahlreiche Kinder und Eltern im Stich, die vom Offenen Ganztag profitieren könnten. Schwarz-grün versagt bei der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur auf ganzer Linie und sorgt damit für mehr Stress im Familienalltag und in letzter Konsequenz für konkrete Nachteile für Mütter in Nordrhein-Westfalen.

Neben den Mängeln im System der frühkindlichen Bildung machen auch weitere Rahmenbedingungen Müttern das Leben schwer. Die Tatsache, dass Frauen viel mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten – nämlich wöchentlich im Durchschnitt fast 10 Stunden mehr als Männer⁶ – und deshalb weniger Stunden im Rahmen von Erwerbsarbeit arbeiten, wirkt sich nicht nur negativ auf ihre zukünftige Rente, sondern auch auf Karrierechancen und beruflichen Erfolg aus. Dabei geht es nicht nur um die Betreuungslücke bei Kindern, sondern auch um die Versorgung von (pflegebedürftigen) Angehörigen. Strukturelle Hürden und Fehlanreize, wie das seit Jahrzehnten bekannte Problem beim Ehegattensplitting, halten Frauen klein und drängen Eltern auch gegen ihren Wunsch in traditionelle Rollenbilder. Außerdem verdienen Frauen im Durchschnitt weiterhin grundsätzlich weniger als Männer. 2024 betrug der Gender Pay Gap in Nordrhein-Westfalen rund 16%, was einen durchschnittlichen Verdienstabstand von vier Euro die Stunde bedeutet. Männer verdienen also im Schnitt vier Euro pro Stunde mehr als Frauen.⁷ Frauen arbeiten häufiger als Männer in schlecht bezahlten Berufen. Tarifbindung kann hier eine Lösung sein. Menschen, die in einem Betrieb mit Tarifbindung arbeiten, haben einen besseren Verdienst. Tarifbindung sorgt dafür, dass sich die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern schneller schließt und leistet damit einen wichtigen Teil zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit

Angesichts der Rahmenbedingungen dürfen niedrige Geburtenraten – 1,39 Kinder pro Frau in Nordrhein-Westfalen – nicht überraschen.⁸ Trotz jahrzehntelanger Diskussionen und politischer Absichtserklärungen fehlt es an einer konsequenten und verbindlichen Strategie, die Eltern tatsächlich entlastet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter möglich macht.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine notwendige Bedingung für zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Wenn Frauen wegen fehlender Kinderbetreuung oder starrer Arbeitszeitmodelle aus dem Beruf gedrängt werden, verlieren wir wertvolle Fachkräfte, Innovationskraft und wirtschaftliches Potenzial. Unternehmen, die auf flexible Arbeitsmodelle, familienfreundliche Unternehmenskultur und faire Aufstiegschancen setzen, sichern sich nicht nur Wettbewerbsvorteile – sie übernehmen gesellschaftliche Verantwortung. Es ist Zeit, Vereinbarkeit als strategisches Ziel zu begreifen – für mehr Gleichstellung, mehr Produktivität und eine zukunftsfähige Wirtschaft. Moderne Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik darf sich nicht nur an

⁵ <https://www.kommunen.nrw/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/rechtsanspruch-auf-ganztags-bis-2026-nicht-realisiert.html>

⁶ IT.NRW (2024): Equal Care Day in NRW: Frauen gingen 2022 wöchentlich über 9 Stunden länger einer unbezahlten Arbeit nach als Männer. <https://www.it.nrw/equal-care-day-nrw-frauen-gingen-2022-woechentlich-ueber-9-stunden-laenger-einer-unbezahlten-arbeit>.

⁷ IT.NRW (2025): NRW. Gender Pay Gap sank im Jahr 2024 auf rund 16 Prozent. <https://www.it.nrw/nrw-gender-pay-gap-sank-im-jahr-2024#:~:text=Februar%202025-,NRW%3A%20Gender%20Pay%20Gap%20sank%20im%20Jahr%202024%20auf%20rund,in%20der%20Stunde%20als%20M%C3%A4nner.>

⁸ IT.NRW (2025): NRW. Niedrigste Geburtenziffer der letzten 13 Jahre, <https://www.it.nrw/nrw-niedrigste-geburtenziffer-der-letzten-13-jahre-127559>.

Produktivität und BIP orientieren, sondern muss genauso selbstverständlich dafür sorgen, dass beide Eltern die Möglichkeit haben, Beruf und Familie zu vereinbaren. Nordrhein-Westfalen muss Vereinbarkeit zum politischen Maßstab machen und sich verbindliche Ziele bis 2030 setzen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf kein Privileg sein – sie muss zur Selbstverständlichkeit werden. Wenn wir Eltern und insbesondere Frauen gezielt stärken, stärken wir unsere gesamte Gesellschaft. Es ist Zeit, Rahmenbedingungen zu schaffen, die berufliche Teilhabe und familiäre Verantwortung nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander verbinden.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- die Hürden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern in Nordrhein-Westfalen und insbesondere Mütter zu hoch sind,
- Frauen durch fehlende Betreuungsangebote sowie Betreuungsausfall und ungleiche Arbeitszeitmodelle benachteiligt werden,
- die Landesregierung keine verbindlichen Ziele oder konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit formuliert hat,
- die Gleichstellung im Erwerbsleben stagniert und angekündigte Maßnahmen nicht umgesetzt wurden,
- eine verbindliche Agenda 2030 notwendig ist, um Gleichstellung und Vereinbarkeit systematisch zu fördern.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

eine verbindliche NRW-Agenda 2030 für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln. Dazu sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- Equal-Share-Prämie: Ein Pilotprojekt zur Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit mit einer Prämie von 300 € für Eltern, die Elternzeit gleichberechtigt aufteilen.
- Ferienbetreuung und Alltagshilfe bei haushaltsnahen Dienstleistungen fördern: Pilotprojekt zur Unterstützung haushaltsnaher Dienstleistungen für Familien mit geringem Einkommen.
- Job-Sharing für Führungskräfte ermöglichen: Förderung von Teilzeitmodellen und Tandemlösungen für Führungspositionen, insbesondere im öffentlichen Dienst.
- Angekündigte Gleichstellungsmaßnahmen umsetzen: Die Landesregierung muss endlich die beschlossenen Maßnahmen zur Gleichstellung im Erwerbsleben realisieren.
- Tariftreue- und Vergabegesetz nach Vorbild des Bundes: Landesregierung muss TVgG NRW reformieren.
- Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur: Mit mehr Kita- und OGS-Plätzen Versorgungslücke schließen und durch eine Fachkraftoffensive das System der frühkindlichen Bildung stärken.

- Bessere Unterstützung Pflegender Angehörige: Kurzzeit-, Tages-, und Nachtpflegeplätze ausbauen, Pflegehotels etablieren sowie Kur- und Reha-Angebote für pflegende Angehörige erweitern.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade

und Fraktion